

**Weil's
uns um
mehr
geht.**

Bundeswahlprogramm

junos
Schüler_innen

JUNOS Schüler_innen ist kein Selbstzweck. Uns geht's nicht einfach darum, große Partys zu veranstalten. Uns geht's nicht darum, einfach nur ein großer Freundeskreis zu sein. Uns geht's nicht darum, eine weitere Sandkiste für die Politiker_innen von morgen zu sein. Uns geht's um mehr.

Wir haben uns vor eineinhalb Jahren gegründet, weil es so nicht mehr weitergehen kann. Weil es endlich eine echte liberale Bildungspolitik braucht. Weil es eine Schule braucht, die uns wirklich zu freien, mündigen und selbstbestimmten Bürger_innen macht. Weil wir kein Schulsystem wollen, das seine Schüler_innen nur in Schubladen steckt und hemmt, anstatt sie mit den Chancen auszustatten, die sie für ein freies Leben brauchen. Weil es im österreichischen Bildungssystem nicht mehr, sondern weniger Vorschriften braucht. Weil Demokratie und Transparenz für uns selbstverständlich sind.

Unser Ideal für die Schule lässt sich auf eine zentrale Idee herunterbrechen: Uns geht es um eine **Schule der Freiheit**. Eine Schule, die uns zu mündigen Bürger_innen macht. Eine Schule, die uns gerechte Chancen bietet. Eine Schule, die Freiheit auf allen Ebenen ermöglicht.

Dieses Programm geht mit auch einem Anspruch einher. Wir wollen die Landesschüler_innenvertretungen und die Bundesschüler_innenvertretung endlich zum Motor der Veränderung im Bildungssystem machen. Wir wollen, dass sich die Schüler_innenpolitik nicht durch den dreckigsten Wahlkampf auszeichnet, sondern durch die größten Ideen. Und genau solche Ideen wollen wir im ersten Teil dieses Wahlprogramms vorlegen.

Um ein echter Motor der Veränderung zu sein, reicht es aber nicht, nur große Visionen aufzuzeigen. Wir wollen in den Landesschüler_innenvertretungen auch konkrete Projekte umsetzen. In allen neun Bundesländern haben wir also Projekte festgelegt, die wir mit einer Mehrheit in der Landesschüler_innenvertretung von Tag eins an umsetzen wollen. Mit ihnen wollen wir das Potenzial des weltweit einzigartigen österreichischen Systems der Schüler_innenvertretung endlich ausschöpfen!

**Weil's
uns um
mehr
geht.**

junos
Schüler_innen

Mündigkeit

Die Mündigkeit als Zielvorstellung muss in der gesamten Schullaufbahn im Vordergrund stehen. Neben grundlegenden Ausdrucksfähigkeiten in Wort und Schrift gehört zur Mündigkeit auch die Fähigkeit, Sachverhalte einordnen zu können. In diesem Sinne fordern wir eine verstärkte Fokussierung auf grundlegende politische und wirtschaftliche Bildung in der Schule.

Politische Mündigkeit

Der eigenständige Schwerpunkt “Politische Bildung”

Politische Bildung ist ein essenzieller Teil der Bildung zur Mündigkeit, wie sie uns vorschwebt. Die derzeitige Situation, und vor allem die Verankerung im Lehrplan des Faches “Geschichte und politische Bildung” wird der enormen Bedeutung der Sache schlichtweg nicht gerecht. Allzu oft wird die politische Bildung hier als Anhängsel gesehen, als Detail. Um der politischen Bildung den Stellenwert zu geben, den sie verdient, kommen wir nicht umhin, sie aus diesem Fach auszugliedern.

Rechte erklären als Basis

Jeder Mensch hat Rechte. Wer diese Rechte aber nicht kennt, der kann sie nicht einfordern. Es ist also wichtig, dass wir schon in der Schule über unsere Rechte in unserer demokratischen, rechtsstaatlichen Gesellschaft aufgeklärt werden. Das sollte mit den allgemeinen Menschenrechten beginnen, aber sich nicht auf sie beschränken. Auch Frauenrechte, Minderheitenrechte und Kinderrechte sollten allen gelehrt werden. Das darf sich auch nicht auf ein reines Auswendiglernen beschränken. Das Ziel muss es sein, dass diese Rechte mit Leben erfüllt werden, dass die Schülerinnen und Schüler sie als Teil ihrer eigenen Existenz wahrnehmen. Rechte sind nichts abstraktes, sondern die Basis unserer Gesellschaft.

Institutionenkunde

Jahr für Jahr verlassen Schülerinnen und Schüler das Bildungssystem, ohne wirklich gut über die österreichischen und europäischen Institutionen Bescheid zu wissen. Das ist unserer Meinung nach eine der vielen österreichischen Bildungslücken, aber auch eine der schwerwiegendsten. Deshalb wollen wir das Thema Institutionenkunde viel stärker in den Lehrplan aufnehmen. Institutionenkunde lässt sich auf vier Ebenen herunterbrechen, die nacheinander und in folgender Reihenfolge behandelt werden sollen: Bund, Land, Gemeinde, Europäische Union. Am längsten behandelt werden soll der Bund und EU, die Gemeinde und das Land sollen aber ebenfalls nicht zu kurz kommen.

SV-Aufklärung

Gerade vor Klassensprecher_innen- und Schüler_innenvertreter_innenwahlen sollte im Lehrplan auch eine Beschreibung des österreichischen Schüler_innenvertretungssystems vorgesehen sein. Um effiziente Vertretungen zu haben, braucht es auch ein breites Wissen über deren Existenz. Es ist eine Schande, dass sogar vielen gewählten Schüler_innenvertreter_innen

ihr Wissen über den Aufbau der Schüler_innenvertretung in Österreich von den politischen Schüler_innenorganisationen mitgegeben werden muss. Echte Mündigkeit verlangt hier Transparenz und Aufklärung, und das möglichst früh.

Hinter reine Slogans schauen lernen

Politische Bildung ist jedoch mehr als nur Institutionenkunde. Politik besteht schließlich nicht nur aus Institutionen. Mindestens ebenso relevant ist es, zu verstehen, wie und warum Politik gemacht wird. Moderne Politik ist geprägt von Ideologien, Konzeptionen der Zukunft und Analyseformen der Gegenwart, die leider allzu oft nur in den politischen Akademien der Parteien gelehrt werden. Das wollen wir ändern. Die politische Bildung soll dementsprechend auch eine Einführung in die großen westlichen Ideologien der Moderne bieten: Sozialismus, Konservatismus und Liberalismus, aber auch Kommunismus und Nationalsozialismus.

Gerade wenn es um die Analyse von Ideologien und politischem Denken geht, sollte der Unterricht aber auch nicht dogmatisch sein. Es kann und darf nicht sein, dass der Staat durch die Bildung eine gewisse Konzeption einer Ideologie in die Köpfe der Schülerinnen und Schüler schreibt. Viel eher muss es der Anspruch sein, den Diskurs auch innerhalb des politischen Denkens zu analysieren. Es muss aber auch, insbesondere bei den verfassungsfeindlichen Ideologien, eine Analyse der Folgen dieses Denkens geben.

Religiöse Mündigkeit

Ethikunterricht als Grundlage

Ethikunterricht ist der beste Weg, um sich nicht nur zu versichern, dass Schülerinnen und Schüler in der Lage sind, die verschiedensten Weltanschauungen zu verstehen, und er kann auch die Basis dafür schaffen, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Erreichen ihrer Religionsmündigkeit eine fundierte Entscheidung treffen können, ob und welche Religionsbekenntnis diese haben wollen. Wir wollen, dass bis zum Erreichen der Religionsmündigkeit mit 14 Jahren jede Schülerin und jeder Schüler den Ethikunterricht besucht. Danach soll auch Religionsunterricht möglich sein.

Schule für alle

Schule sollte ein Ort sein an dem sich alle Schüler_innen gut aufgehoben fühlen. In jeder öffentlichen Schule hängt in Österreich jedoch derzeit noch ein Kreuz an der Wand. Für alle mit nicht-christlichem Bekenntnis ist das natürlich eine starke Nachricht, es vermittelt das diese Schülerinnen und Schüler, die es oft sowieso schon schwerer als andere haben, nicht wirklich zur Schulgemeinschaft gehören, und das dort andere Religionen nicht als gleichwertig betrachtet werden.

Eine echte Diskussionskultur schaffen

Diskussionen sind ein wichtiger Beitrag zum politischen Leben. Gerade die Schule läuft allzu oft Gefahr das Gelernte zum einzig "richtigen" zu erheben. Doch die Schule muss auch zeigen, dass eine gesunde, höfliche und faktenbasierte Debatte ein positiver und wichtiger Beitrag ist. Dies kann nur funktionieren, wenn auch in der Schule eine echte Diskussionskultur entsteht.

Podiumsdiskussionen fördern

Podiumsdiskussionen sollten sich also nicht nur auf die wenigen Wochen vor einer Wahl beschränken, sondern zu einem zentralen Element des Schulalltags werden. Diskussionen kann man selbstverständlich nicht erzwingen. Doch der Schulhalter hat durchaus Möglichkeiten, diese zu attraktivieren, und vor allem das Finden von Gästen zu erleichtern. Damit mehr Diskussionen und Podien von Lehrkräften und den Direktionen organisiert werden, können Weiterbildungen angeboten werden. Es ist von großer Bedeutung, dass Schuldiskussionen nicht als unangenehmer Aufwand, sondern als Chance für die Schülerinnen und Schüler und die Schule als Ganze gesehen werden. Wir sehen ebenfalls die LSVen in der Pflicht. Sie sollte proaktiv lokale SVen bei der Organisation von Podiumsdiskussionen unterstützen.

Diskussionen als Teil des Unterrichts

Es ist im Leben sehr wichtig, geradezu unverzichtbar sogar, die Fähigkeit zu besitzen, sich eine faktenbasierte eigene Meinung bilden zu können. Dies kann sowohl durch den richtigen Umgang mit den verschiedenen Medien als auch durch häufige Diskussionen realisiert werden. Unser Ziel ist es also, Diskussionen als fixen Bestandteil in den Lehrplan einzubauen, da sie die Meinungsbildung fördern, rhetorische Fähigkeiten verbessern und dabei helfen, andere Meinungen zu akzeptieren und zu verstehen. Zukünftig sollen in fast allen Fächern Diskussionen zu verschiedenen Themen stattfinden, wenn möglich auch fächerübergreifend.

Wirtschaftliche Mündigkeit

Für ein Leben in Freiheit ist jedoch nicht nur die Fähigkeit, sich eine fundierte politische Meinung bilden zu können von großer Bedeutung, sondern auch die konkrete Vertrautheit mit dem wirtschaftlichen Alltag. Sowie jede und jeder Lesen und Schreiben lernt, sollte auch jede und jeder ein grundlegendes Verständnis für gängige Finanzinstrumente erhalten. Financial Literacy sollte ein essenzielles Ziel der Schulbildung sein.

Der Rahmen

Momentan wird in der Schule kaum Wissen über wirtschaftliche Themen weitergegeben, es sei denn im Fach Geographie und Wirtschaftskunde. Doch auch hierbei kommt die Wirtschaft so gut wie immer zu kurz. Für uns ist es wichtig, dass die Schülerinnen und 12 Schüler schon in jungen Jahren die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems erlernen. Denn es kann nicht sein, dass anstatt Finanzkunde der Fokus auf die Bodenkultur in Österreich gelegt wird. Also fordern wir, dass während den ersten Jahren der

Unterstufe die Geographie im Lehrplan langsam zur mehrheitlichen Wirtschaftskunde übergehen soll. Die Lehre der Geographie soll sich während der ersten Jahre möglichst ausschließlich auf grundlegendes Wissen beschränken.

Mikroökonomisches Verständnis schaffen

Wirtschaftliche Mündigkeit verlangt aus unserer Sicht mehr als nur das simple Kennen von Begriffen. Es muss den Schülerinnen und Schülern ebenfalls ein Verständnis für finanzielle Instrumente in die Hand gelegt werden. Hierbei muss der Erwerb von Kompetenzen im Vordergrund stehen - das Ziel muss es sein, dass jede und jeder grundsätzlich versteht, wie einzelne Instrumente, und welche Gefahren, Chancen und Verpflichtungen für den einzelnen daraus entstehen. Gängige Instrumente wie das Girokonto, der Bausparvertrag oder diverse Arten von Krediten müssen besprochen werden. Diese Art der Bildung darf nicht Banken überlassen werden, sondern muss bereits im Pflichtschulbereich beginnen, ist sie doch nötig für ein wirtschaftlich mündiges Leben.

Makroökonomisches Verständnis schaffen

Hier ist es wichtig, wie auch in der politischen Bildung, einen neutralen Ansatz zu privilegieren. Die von uns geforderte makroökonomische Grundbildung sollte sich auf eine Beschreibung und Analyse des heutigen Wirtschaftssystems beschränken, und dabei Zusammenhänge und Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung herausarbeiten. Wie immer geht es auch hier darum, den Schülerinnen und Schülern die grundlegenden Kenntnisse zu geben, um ihnen die Teilnahme am gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu ermöglichen. Diese Materie kann man auch im Querschnitt mit geographischen Themen bearbeiten.

Chancengerechtigkeit

Die Schule muss, davon sind wir überzeugt, jedem Schüler und jeder Schülerin die Chancen bieten, die er oder sie braucht, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Solange sie diese fundamentale Anforderung nicht erfüllen kann, reproduziert sie nur immer neue Ungerechtigkeiten. Gerade in der mittleren Schulbildung wird im heutigen Schulsystem radikal differenziert. Wir wollen, dass diese Differenzierung zeitlich verschoben wird, und die Mittelschule eine echte gemeinsame Startlinie wird.

Die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung

Wieso braucht es einen gemeinsamen Rahmen?

Das österreichische Schulsystem ist heute leider ein Zwei-Klassen-System. Mit dem Ende der Volksschule werden die Schülerinnen und Schüler zugeteilt. Gymnasium oder Mittelschule. Während über 90% aller Gymnasiastinnen und Gymnasiasten später maturieren werden, sind die Chancen für Mittelschülerinnen und Mittelschüler geringer. Die einen werden also wahrscheinlich in die Oberstufe gehen, maturieren, später womöglich studieren. Den anderen wird dieser Weg schwerer gemacht werden, vor allem auch, weil ihr Schultyp stark stigmatisiert ist.

Die gemeinsame Schule mit innerer Differenzierung soll sich sowohl durch ihre gemeinsamen Standards, als auch durch ihre Öffnung für alle Gruppen von Schülerinnen und Schüler kennzeichnen. Vor allem aber zeichnet sie den Weg ihrer Schülerinnen und Schüler nicht schon implizit vor.

Wie soll die Differenzierung aussehen?

Wir schlagen ein hybrides Modell vor: Ein gewisser Teil der Stunden geschieht in der großen Gruppe, der Klasse, und ein weiterer, bestenfalls sogar größerer Teil der Stunden wird in Kleingruppen absolviert. Laut der Hattie-Studie ist das Lernen in Kleingruppen, bezeichnet als “small-group-learning”, besonders sinnvoll. Mit einer Effektstärke von 0.49 zählt es im Gegensatz zum “ability grouping”, das bloß eine Effektstärke von 0.16 aufweist und demnach keinen positiven Einfluss auf die Lernleistung von Schüler_innen hat, zu den “sehr erfolgreichen pädagogischen Maßnahmen”.

Die Stunden in der Klasse dienen sozusagen als Grundstock der Wissensvermittlung und stellen ein verbindliches Niveau dar, das alle Schülerinnen und Schüler beherrschen sollen. Die Vertiefung bzw. Erweiterung der Inhalte geschieht in den Kleingruppen, in denen es auch möglich sein soll, je nach Interesse der Schülerinnen und Schüler weiterzuarbeiten. Auch das Aufholen von Rückständen und Lerndefiziten ist im Rahmen der Lerngruppen möglich. Die Vorteile jener Methode liegen vor allem darin, dass die Anpassung des Unterrichts an die individuellen Interessen und Bedürfnissen der Lernenden in

Kleingruppen leichter vonstatten gehen kann und ressourcenorientierter Unterricht möglich wird.

In diesem Zusammenhang ist projektorientiertes Lernen anzuraten.

Welche Rolle für den Schulstandort?

Die Schulautonomie muss dort greifen, wo einheitliche Regelungen nicht mehr möglich/zweckdienlich sind. Es gilt: So einheitlich, wie nötig, aber so autonom, wie möglich. Dabei ist anzudenken, dass beispielsweise ein Basiscurriculum festgelegt wird, das unbedingt zu vermittelnde Inhalte auflistet. Diese dienen als Fundament, schulautonom differenzierter Unterricht kann darauf aufbauen, die Inhalte vertiefen oder festigen, zusätzlich neues Wissen vermitteln, etc.

Der Schulstandort soll ebenfalls über den endgültigen Grad der Differenzierungen entscheiden. Er soll selbstständig die Zahl der Lerngruppen festlegen, wenngleich sie nicht drei unterschreiten sollte, um die Qualität der individuellen Förderung zu erhalten.

Zukunftsfitte Ausstattung heißt autonome Ausstattung

Das 21. Jahrhundert mag in unseren Köpfen schon Realität sein, in vielen österreichischen Schulen ist es aber noch nicht angekommen. Das muss sich ändern. Die Schule, die uns vorschwebt, ist schließlich keine Schule der Vergangenheit, sondern der Zukunft.

Schnelles Internet

Der Bund muss seine Verpflichtungen wahrnehmen, und für schnelles Internet an jedem Standort sorgen. Diese Verbindung sollte auch, gerade um jenen zu helfen, die es nicht zuhause haben, jeder und jedem zur Verfügung stehen.

Finanzierung nach Schüler_innenzahl

Alle weitere Ausstattung sollte nicht den Schulen vorgeschrieben werden, sondern von ihnen selbst angeschafft werden. Um den Schulen die Mittel zu geben, die sie brauchen, ist für uns klar, dass das Geld den Schülerinnen und Schülern folgen soll. Jede Schülerin und jeder Schüler mehr bedeutet also auch mehr Mittel für den Standort.

Wir erkennen aber selbstverständlich an, dass nicht jede Schule mit denselben Problemen konfrontiert ist. Dies darf aber kein Grund für einen intransparenten Finanzierungsmodell sein. Ganz im Gegenteil: Es braucht einen transparenten Chancenindex, in dem anhand von Faktoren wie dem Migrationsanteil unter den Schülerinnen und Schülern ein zusätzlicher Zuschuss für betroffene Standorte ermittelt wird. Auch dieser Zuschuss darf nicht zweckgebunden sein. Dem Standort bleibt es überlassen, wie er seine Mittel einsetzt.

Flächendeckende Einführung der Ganztagschule

Die Lebenswelten und -realitäten von Kindern und Jugendlichen sind zunehmend divers. Unterschiede im sozioökonomischen, soziokulturellen und psychosozialen Hintergrund dürfen aber keineswegs zu einem Nachteil für bestimmte Schüler_innen werden. Um allen Kindern die Flügel zu heben, braucht es die Einführung einer flächendeckenden, im besten Fall verschränkten Ganztagschule, in der von Montag bis Freitag qualitativvolles Lernen sichergestellt wird. Ihre genau Ausgestaltung soll aber dem Standort überlassen sein. Jedoch soll sie absolut kostenfrei sein.



Geschlechtergerechtigkeit in der Schule

Um Geschlechtergerechtigkeit in der Schule ankommen zu lassen, braucht es sowohl eine Weiterentwicklung des Lehrplans in einzelnen Fächern (Geschichte, aber auch Sportunterricht), als auch materielle Veränderungen am Schulgelände. Wir setzen uns hier unter anderem klar für Menstruationsartikel auf allen Schulklos ein. Hier gilt es auch dem Shaming von Mädchen, die diese in Anspruch nehmen, entgegenzuwirken. Das Argument der Verschwendung ist in diesem Kontext ein scheinheiliges, könnte man es doch genauso gegen die freie Ausgabe von Klopapier am Schulklo verwenden.

Zentrale Mittlere Reife: Kontrollpunkt und Orientierungshilfe

Das Ende der Schulpflicht sowie der Besuch einer Oberstufe sollten an die Vorweisung einer positiv abgeschlossenen zentralen mittleren Reife geknüpft werden. Nur so lässt sich garantieren, dass wirklich jede und jeder die grundlegenden Werkzeuge für ein mündiges Leben und für eine vertiefende Bildung erhalten hat. Wer die zentrale mittlere Reife nicht schafft, muss weiter darauf vorbereitet werden. Niemand sollte ohne diese grundlegenden Fähigkeiten die Schule verlassen. Sollte man mit 18. die zentrale mittlere Reife noch immer nicht geschafft haben, läuft die Schulpflicht dennoch aus.

Die zentrale mittlere Reife sollte keine reine Mini-Matura sein, sondern möglichst die Kernkompetenzen der Schülerinnen und Schüler abprüfen. Sie soll also keine große theoretische Prüfung sein, sondern eine integrierte Überprüfung von grundlegender Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz. Zusätzlich sollte auch eine grundlegende Kenntnis der englischen Sprache, und die Fähigkeit, politische Institutionen und wirtschaftliche Instrumente zu identifizieren, abgefragt werden. Dennoch soll absolute Zentralität, sowohl in der Aufgabenstellung, als auch in der Korrektur, gewährleistet sein.

Freiheit: Die Oberstufe der Selbstverwirklichung

Nachdem mit der zentralen mittleren Reife ein allgemeines Niveau erreicht wurde, gilt es den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Wege zu gehen. Eine Vielzahl an Wegen soll offenstehen, um niemanden in ein enges Kästchen zu zwingen. Der Weg zur großen Abschlussprüfung darf kein Pflicht, und muss individuell sein. Um diese Individualität zu gewährleisten muss echte Schulautonomie ermöglicht werden. Die Schule vor Ort weiß nicht nur am besten, was sie braucht, sondern auch was sie sein will.

Freiheit für die Schule

Echte Schulautonomie

Schulautonomie beginnt mit der personellen Freiheit. Kein Team kann funktionieren, wenn es aneinander gekettet wurde. Genauso kann keine Schule wirklich gut funktionieren wenn nicht die Schule selbst, vor Ort, die Möglichkeit hat, sich die Lehrkräfte ihrer Wahl auszusuchen. Wir sehen diese Freiheit bei der Direktion, hierbei soll aber ein transparentes und normiertes Bewerbungsverfahren vor.

Mehr Freiheit für den Standort muss auch echte finanzielle Freiheit bedeuten. Es ist unerlässlich, dass das Budget des Standorts vom Standort selbst geschrieben und verabschiedet wird. Nur so kann der einzelne Standort wirklich autonom agieren.

Diese finanzielle Autonomie kann und soll aber nicht von der Direktion allein ausgeübt werden. Das Budget geht alle in der Schulgemeinschaft etwas an, und es ist ein essentieller Part des Management der Schule. Es soll also von dem Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) genehmigt werden müssen. Wer entscheidet, wohin das Geld fließt, kontrolliert die Schule.

Schulen sollten auch autonom die Möglichkeit haben, ihre eigenen Wege bei der Lehre zu gehen. Solange auf das gemeinsame Ziel der Matura hingearbeitet wird, soll jeder Standort die Möglichkeit bekommen, die Fächerstruktur aufzubrechen und Neueinteilungen vorzunehmen. Auch dies soll im SGA entschieden werden.

Zusammenarbeit zwischen den Schulen stärken

Gerade im Rahmen eines echten schulautonomen Systems dürfen die Schulen nicht zu abgeschotteten Burgen werden. Zusammenarbeit ist hier essentiell. Das Modell des Schulclusters empfiehlt sich hier besonders. Hierbei handelt es sich um eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Standorten, die dazu führt, dass Schülerinnen und Schüler einen Teil des Unterrichts in eine anderen (Partner-)Schule erfahren können. Ein solcher Cluster sollte nur der Genehmigung der beteiligten SGAs bedürfen.

Echte Kontrolle der Direktion

In unserem Modell der Schulautonomie würde die Direktion entschieden gestärkt. Damit sie nicht ihr Macht missbrauchen, wollen wir das garantierte Mandat der Direktion auf fünf Jahre reduzieren. Um den Direktor_innen dennoch die Möglichkeit zu geben, ihren Standort zu prägen, kann eine Verlängerung des Mandats durchaus sinnvoll sein. Diese Entscheidung wollen wir der Schulgemeinschaft selbst überlassen. Es soll dem SGA also möglich sein, mit einfacher Mehrheit das Mandat der oder des Direktor_in einmalig zu verlängern. Für eine Verlängerung darüber hinaus soll eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit von Nöten sein.

Durch Wettbewerb Schulen klimafit machen

Der Klimawandel ist eine historische Herausforderung. Auch das österreichische Schulsystem muss sich ihr stellen. Eine effiziente Ökologisierung kann aber nur funktionieren, wenn man alle Akteur_innen rund um die Schule einbindet, und die Schule ganzheitlich betrachtet. Wir wollen hier nicht auf Symbolpolitik oder zentrale Vorgaben setzen, sondern die lokale Kreativität der Schulstandorte entfesseln. Wir fordern also ein Belohnungssystem: Schulen, die ihre Emissionen von einem Jahr aufs nächste besonders stark senken konnten, werden dafür finanziell belohnt. Zugleich sollen die 10% der Schulen mit den höchsten Emissionen direkt von Expert_innen des Bildungsministeriums dabei unterstützt werden, ihre Emissionen nachhaltig zu senken.

Freiheit für die Schüler_innen

Viele Schülerinnen und Schüler sind in der Schule unterfordert, weil sie den Lehrstoff bereits verstehen und das auch bei den Prüfungen bewiesen haben. Wer eine hohe Selbstständigkeit aufweist und gute Schulleistungen erzielt, soll dem Unterricht in diesen Fächer fernbleiben dürfen. Ab einem Notenschnitt von 1,5 sollte eine solche Möglichkeit anzudenken sein. Dies bedürfte der Zustimmung der Lehrkraft, und müsste vierteljährlich überprüft werden.

Die Freiheit zu lernen, was einen wirklich interessiert

Schülerinnen und Schüler werden in ein Jahrzehnte altes Korsett an Fächern gepresst, ohne dabei eine Möglichkeit zu haben, ihre individuellen Stärken wirklich zu fördern. Es gibt zwar gewisse Grundfähigkeiten, welche jede Schülerin und jeder Schüler besitzen sollte, aber dieses Mindestmaß spiegelt sich mit Sicherheit nicht in dem heutigen Ausmaß an vorgeschriebenen Stunden wieder. Wir fordern deswegen eine konsequente Flexibilisierung. Ein modulares System ist hier anzudenken. Bis auf Mathematik, Englisch und grundlegendes Deutsch, soll es den Schüler_innen überlassen sein, zu lernen, was sie wirklich interessiert.

Hierbei soll es den Schulen durchaus auch möglich sein, „Out of the box“ zu denken. Schülerinnen und Schüler müssen nicht zwingend in dieselbe Schulstufe gehen und dasselbe Alter haben, um einen gewissen Unterricht zu besuchen. Einzig das bisher vorhandene Wissen soll entscheiden sein. Das bedeutet in der Praxis, dass man sich sowohl in der 10. Klasse als auch in der 12. Klasse zb. in den Kurs Geschichte I einschreiben könnte und diesen dann auch gemeinsam belegt würde. Die aufbauenden Kurse setzen

dann logischerweise das Wissen der vorherigen Kurse voraus. Diese Methodik hat weiters den Vorteil, dass sich die Mindestzahl an Schülerinnen und Schülern für einen Kurs deutlich leichter finden lässt.

Eigeninitiative fördern und nicht verurteilen

In Österreichs Schulen herrscht ein gravierender Mangel an Clubs und AGs, doch anstatt etwas daran zu ändern wird nur weiter weggeschaut. Für uns ist klar: Es muss Schülerinnen und Schülern einfacher gemacht werden, eigene Clubs zu Themen ihrer Wahl zu gründen. Diese Clubs sollen auch die Möglichkeit haben, von der Schule finanziell unterstützt werden, damit die Schülerinnen und Schülern gelegentlich Ausflüge oder Sonstiges machen können. Für die Schulen allerdings bleibt es natürlich möglich, nachzuverfolgen wohin das Geld investiert wurde.

Erasmus+ verstärkt anbieten

Um zu verdeutlichen, in welchem Ausmaß die europäische Union Einfluss auf das alltägliche Leben Jugendlicher nimmt, ist es essentiell, Europa in allen seinen Facetten kennenzulernen. Das Programm Erasmus+ unterstützt schulische Institutionen dabei, Schüler_innen einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen, wodurch sowohl Vielfalt, Nachhaltigkeit, digitale Bildung und Inklusion als auch das Lernen von Sprachen gefördert werden. Schüler_innen und Lehrkräfte sollten verstärkt über das bestehende Angebot informiert werden. Zusätzlich gilt es ökonomisch schwächere Schüler_innen bei einem solchen Aufenthalt finanziell zu unterstützen.

Matura: zentral und aussagekräftig

Die standardisierte Reife- und Diplomprüfung (Matura) ist die wichtigste und entscheidendste Prüfung der Schullaufbahn. Die Matura ist für einige der Abschluss ihrer Bildung und für andere die Berechtigung zur weiteren Aus- oder Weiterbildung. Egal welchen Lebensweg man nach ihr wählt, man möchte gerecht beurteilt werden.

Zentralität

Unsere Lehrer_innen begleiten uns meist schon viele Jahre vor unserer Matura und haben sich dadurch auch eine persönliche Meinung über ihre Schüler_innen gebildet. Egal wie objektiv ein Lehrer oder eine Lehrerin versucht zu sein, wenn er oder sie den oder die zu beurteilende_n Schüler_in kennt, ist es schwierig, dass daraus eine zur Gänze faire Beurteilung entsteht. Um diese Fairness bei der Beurteilung dennoch zu gewährleisten muss die Matura von anderen Lehrkräften anonym abgenommen bzw. korrigiert werden. Langfristig sprechen wir uns für ein gesamteuropäisch harmonisierte Matura aus.

Mehr Aussagekraft

Die oftmals geforderte Miteinbeziehung der Zeugnisnoten des letzten Schuljahres lehnen wir jedoch ab, da dies subjektiven Benotungen von Lehrpersonal wieder großen Einfluss zukommen lässt und somit auch zu Nachteilen für viele Schülerinnen und Schüler führen kann – ein Umstand,



der mit der Zentralmatura eigentlich überwunden werden sollte. Stattdessen fordern wir ein Benotungssystem, das auf mehreren standardisierten und zentralisierten Prüfungen fußt, wobei dem letzte Wissenstand stets am meisten Gewichtung zukommen sollte. In unserem Modell findet also in jedem maturablen Fach am Ende des Jahres vor der Matura eine zentralisierte und anonymisierte Vorprüfung statt. Sie zählt zu einem Drittel für die Endnote, während die Endprüfung $\frac{2}{3}$ zählt. Entscheidet man sich im letzten Jahr für einen anderen Maturagegenstand, zählt weiterhin ausschließlich die Note der Endprüfung. Darüber hinaus wollen wir allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, falls sie das wünschen, auch schon Teile der Matura am Herbsttermin zu absolvieren.

Verhältnismäßigkeit: Erleichterungen nur wenn unvermeidlich

Regelmäßig poppt die Debatte über eine Erleichterung der Matura auf. Interessanterweise kommt bei dieser Debatte nie die Angst vor einer Nivellierung nach unten, die bei anderen schulpolitischen Phänomenen reflexartig auftaucht. Wer jedoch ganze Prüfungen ausfallen lässt, steuert genau darauf zu. Die ohnehin recht beschränkte Aussagekraft eines Maturazeugnisses darf nicht aufgrund einer (Covid-)Krise weiter sinken, womit auch nationale sowie internationale Anerkennung schwindet. Statt des Ausfalls von ganzen Prüfungen fordern wir also vermehrte Unterstützungsangebote für Schüler_innen. Regelmäßiger Förderunterricht in allen maturarelevanten Fächern soll seitens der Schule angeboten und auf Wunsch gewählt werden können. Im absoluten Notfall können wir uns einzelne Stoffkürzungen vorstellen.

Epilog: Mental Health als zentrale Herausforderung

Kinder und Jugendliche sind von den Folgen der Pandemie besonders stark betroffen. Das zeigen nicht nur Berichte von Schüler_innen und Lehrpersonal, sondern auch Studien wie etwa jene des Departments für Psychotherapie und Biopsychosoziale Gesundheit der Donau-Universität Krems zur psychischen Gesundheit von Schüler_innen.

Laut der Studie weisen 62 Prozent der Mädchen und 38 Prozent der Burschen eine mittelgradige depressive Symptomatik auf. Depressive Symptome, Angstsymptome, aber auch Schlafstörungen haben sich in den vergangenen Monaten verfünf- bis verzehnfacht.

¹

Besonders dramatisch ist die Tatsache, dass rund ein Fünftel der Mädchen und 14 Prozent der Burschen unter wiederkehrenden suizidalen Gedanken leiden. Damit denken sie entweder täglich oder an mehr als der Hälfte der Tage an Selbstmord.

Hier hat die Schule eine Verantwortung. Wir setzen uns also für folgende Sofortmaßnahmen ein:

Ausbildungsoffensive bei Lehrkräften

Lehrkräfte sind die zentralen Akteur_innen der Bildungspolitik. Wenn es also darum geht, ein Bildungssystem zu schaffen, dass die mentale Gesundheit der Schüler_innen nicht belastet, muss zuallererst bei ihnen angesetzt werden.

Hier gilt es in einem ersten Schritt, Lehrkräfte durch gezielte Schulungen zu sensibilisieren, und ihnen verstärkt Kompetenz im täglichen Umgang mit der psychischen Gesundheit der Schüler_innen mitzugeben. Ein besonderer Schwerpunkt muss hier auf die Aus- und Weiterbildung von Klassenvorständen gelegt werden.

Zusätzlich müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass an jeder Schule mehrere Lehrkräfte gezielt zu sogenannten "Vertrauenslehrkräften" ausgebildet werden. Diese Lehrkräfte fungieren dann als erste Anlaufstelle für betroffene Schüler_innen. Durch solche ausgebildeten Ersthelfer_innen an den Schulen können auch die etablierten Schulpsycholog_innen entlastet werden.

Unterstützung und Ermöglichung von Projekten in den Schulen

Die Schulen sind essentielle Partner bei jeder Veränderung im Bildungssystem. So auch hier. Schulen können vor Ort mithilfe konkreter Projekte echte Veränderung anstoßen - sei es bei der Prävention von psychischen Problemen, der Sensibilisierung der Schulpartner_innen oder auch der Hilfe für Betroffene. Schulen könnten zum Beispiel Workshops organisieren, bei denen Schüler_innen erlernen, woran sie erkennen, dass sie Hilfe brauchen und wo sie diese Hilfe am schnellsten bekommen.

¹ <https://www.donau-uni.ac.at/de/aktuelles/news/2021/psychische-belastung-bei-jugendlichen-weiterhin-hoch.ht#ml>

Die Schulen sollten hier konkrete Hilfe zur Verfügung gestellt bekommen. Dies kann zum Beispiel durch die Publizierung von Best-Practice-Beispielen erfolgen. Auch sollten die Direktionen gezielt in Sachen psychische Gesundheit weitergebildet und sensibilisiert werden. Förderungen für Schulprojekte in Verbindung mit dieser Thematik sollten möglichst unbürokratisch angeboten werden.

Jetzt die Basis für mehr professionelle Hilfe in der Zukunft legen

Langfristig braucht es deutlich mehr ausgebildete Fachkräfte in den Schulen. Schon jetzt müssen die Rahmenbedingungen für eine starke Steigerung der Menge an Schulpsycholog_innen und - in Kooperation mit den Bundesländern - der Schulsozialarbeiter_innen gelegt werden. Hier braucht es mehr Ausbildungsplätze und ein attraktiviertes Arbeitsumfeld. Ziel ist, dass alle Schüler_innen regelmäßige Routineuntersuchungen bei Schulpsycholog_innen haben.

**Weil's
dir um
mehr
geht.**